Streit um die Russlandpolitik

27.04.2018

BERLIN/MOSKAU/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Streit um wirtschaftliche Elemente der US-Russlandpolitik überschattet neben den Strafzolldrohungen und dem Iran-Konflikt das heutige Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Donald Trump. Zum einen fordert die Trump-Administration, Berlin müsse auf die Pipeline Nord Stream 2 verzichten. Tatsächlich zählt die Röhre, die Deutschland zum zentralen Verteiler russischen Erdgases in der EU macht, zu den wichtigeren Elementen der deutschen Energiepolitik. Zum anderen drohen die jüngsten US-Russlandsanktionen, die Washington nicht mehr mit Berlin abgestimmt hat, deutschen Konzernen gravierende Schäden zuzufügen. Der Streit mit Washington spitzt sich zu einem Zeitpunkt zu, zu dem die Russlandpolitik auch in Deutschland wieder stärker umstritten ist. Während die Bundesregierung ihren Kurs verschär und Medien offen für die Bereitschaft zum Krieg gegen Russland werben, dringen Wirtschaftsverbände auf Mäßigung; einige einst einflussreiche Politiker warnen vor der "Gefahr eines dritten und letzten Weltkrieges".

"Mehr Härte"

Die Russland-Politik ist derzeit erneut Gegenstand heftiger Debatten im deutschen Establishment - in mehrfacher Hinsicht. Zum einen hat die Bundesregierung ihren Kurs gegenüber Moskau zuletzt verschärft. Hintergrund ist, dass auf den zentralen außenpolitischen Konfliktfeldern zwischen beiden Seiten deutsche Erfolge bislang ausbleiben: Berlin gelingt es nicht, im Machtkampf um die Ukraine Fortschritte zu erzielen; in Syrien wiederum spielt Deutschland kaum noch eine Rolle, während es Russland gelungen ist, sich machtpolitisch in Damaskus festzusetzen. Entsprechend erhöht Berlin den Druck. Der Westen habe "die Nase voll", erklärt Außenminister Heiko Maas und fordert mehr "Härte" gegenüber Moskau: "Es ist ein Punkt erreicht, an dem man klar sagen muss, dass wir im Fall Skripal, der Annexion der Krim, den Hackerangriffen und dem Verhalten Russlands in Syrien konstruktive Beiträge erwarten" - "darauf warten wir schon viel zu lange".[1] "Präsident Putin schätzt keine Schwäche", äußert Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen: "Anbiedern oder Nachgiebigkeit macht ihn nicht freundlicher". Man müsse aus einer "Position der Geschlossenheit und Stärke" handeln und in Zukunft größere Härte zeigen.[2]

"Kriegsbereit gegen Russland"

Entsprechend hat die Bundesregierung den US-amerikanisch-britisch-französischen Überfall auf Syrien am 14. April, der sich offen gegen russische Interessen richtete, ausdrücklich unterstützt.[3] Deutsche Leitmedien haben in der Vorbereitung auf den Angriff nicht nur die Vernichtung der syrischen Regierung, sondern auch einen Krieg gegen Russland in Erwägung gezogen. So erklärte der Chefkommentator der "Welt"-Gruppe, Jacques Schuster drei Tage vor dem Bombardement, man dürfe sich nicht auf bloße Luftangriffe beschränken; ein "Krieg gegen Assad" müsse vielmehr unter der Fragestellung geführt werden: "Lässt sich das Regime mit einem Waffengang auslöschen?"[4] Ergänzend müsse man auch die Frage beantworten: "Sind Amerikaner und Europäer bereit,

dafür mit Hunderttausenden von Soldaten in dieses Land zu ziehen und im schlimmsten Fall gegen Russen und Iraner zu kämpfen?" Bei der von Schuster in Betracht gezogenen "Bereitschaft" handelt es sich um den Entschluss, einen Angriffskrieg gegen eine Atommacht zu führen.

Widerspruch

Weder die Verschärfung des Kurses gegen Russland noch die unverhohlene Kriegsbereitschaft sind im deutschen Establishment unumstritten. "Wir dürfen den Gesprächsfaden mit Moskau nicht abreißen lassen", fordert der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Dieter Kempf: "Sprachlosigkeit wie im Kalten Krieg bringt niemanden weiter."[5] Hintergrund ist, dass deutsche Firmen seit kurzem wieder Erfolge in Russland erzielen.[6] Ähnliche Äußerungen sind auch aus den etablierten Parteien zu hören, insbesondere aus Teilen von SPD und FDP; unter anderem hat Wolfgang Kubicki, stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender und Vizepräsident des Deutschen Bundestags, für die schrittweise Aufhebung der Russland-Sanktionen plädiert. Kurz vor dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Syrien haben zudem mehrere einst einflussreiche Politiker in einem eindringlichen Appell für "Dialog statt Eskalation" geworben. "Mit großer Sorge beobachten wir den sich zuspitzenden Konflikt zwischen Russland und dem Westen", erklären die Unterzeichner, zu denen Horst Teltschik, ehemaliger Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl und Ex-Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz (1999 bis 2008), sowie Ex-EU-Kommissar (1999 bis 2010) Günter Verheugen gehören: "Wir haben es inzwischen mit einer beunruhigenden Entfremdung zu tun."[7] Die "Spirale aus Maßnahmen und Gegenmaßnahmen" löse sich immer deutlicher "von den realen Gründen und Anlässen"; die "rhetorische Eskalation und die Produktion von Feindbildern in Politik und Medien" bleibe gleichfalls "nicht ohne Wirkung". Es gehe, heißt es in dem Appell, letztlich um nichts Geringeres als "die Gefahr eines dritten und letzten Weltkrieges".

Milliardenverluste

Zu den ohnehin heftigen Debatten kommt hinzu, dass die Trump-Administration - anders als die Vorgängerregierung unter Barack Obama - ihre Russland-Sanktionen nicht mehr mit Deutschland und der EU abstimmt. Das führt gegenwärtig zu massiven Problemen für deutsche Konzerne. Laut Auskunft des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft unterhalten rund 60 deutsche Firmen "intensive Geschäftsbeziehungen" zu Unternehmen, die den kürzlich mit US-Sanktionen belegten russischen Oligarchen gehören. Sie stünden jetzt vor der Entscheidung, ihre "meist langjährige[n] Geschäftsbeziehungen" womöglich abbrechen zu müssen.[8] Betroffen seien Geschäfte in Höhe von mindestens dreistelligen Millionenbeträgen; außerdem drohe man den Einflusskampf gegen China in der russsischen Wirtschaft nun endgültig zu verlieren. Und während im Jahr 2014 starke Zuwächse im US-Geschäft etwa die Verluste des deutschen Maschinenbaus im Osten wettmachten, drohen nun zusätzlich Strafzölle in den Vereinigten Staaten. Die Wirtschaftsvereinigung Metalle warnt darüber hinaus, die Sanktionen gegen Oleg Deripaska könnten weitere gravierende Folgen nach sich ziehen. Deripaska kontrolliert Rusal, den zweitgrößten Aluminiumproduzenten der Welt, der fast ein Drittel des deutschen Rohaluminiums und große Teile des deutschen Aluminiumoxids liefert. Könne man wegen der US-Sanktionen kein Rusal-Aluminium mehr beziehen, dann werde das die gesamte Lieferkette erschüttern, warnt der Verband. Betroffen wäre nicht zuletzt die Autobranche; letztlich seien "die Versorgungssicherheit und die Planbarkeit der Preisentwicklung" in Deutschland "nicht mehr sichergestellt".[9]

Eine strategische Pipeline

Hinzu kommt der Streit um Nord Stream 2. Die Röhre, die die russischen Erdgaslieferungen direkt in die

Bundesrepublik verdoppeln und damit die Stellung Deutschlands als Verteilerstaat in der EU stärken soll, wird von den Vereinigten Staaten massiv bekämpft. Ursache ist zum einen, dass Washington eine engere deutsch-russische Kooperation verhindern will; zum anderen hat Trump es darauf abgesehen, US-Frackinggas in größtmöglichem Umfang in die EU zu verkaufen und zu diesem Zweck russisches Erdgas zurückzudrängen. Antirussische Hardliner vor allem in der Union und bei Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich ebenfalls gegen Nord Stream 2 aus. Aufgrund der strategischen Bedeutung des russischen Erdgases für Deutschland dringt die Bundesregierung jedoch auf die Realisierung des Projekts (german-foreign-policy.com berichtete [10]). Unlängst hat die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag den raschen Bau der Röhre ausdrücklich befürwortet und damit letzte Zweifel an den Berliner Absichten ausgeräumt. Der Streit um Nord Stream 2 wird ebenso wie der deutsche Unmut über die neuen US-Russlandsanktionen beim heutigen Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit US-Präsident Donald Trump auf der Tagesordnung stehen. Völlig unklar ist, ob es zu einer Einigung kommt.

[1] Matthias Gebauer: Mehr Härte wagen. spiegel.de 12.04.2018.

[2] "Anbiedern oder Nachgiebigkeit macht Putin nicht freundlicher". spiegel.de 21.04.2018.

[3] S. dazu Auf dem Weg in den Weltkrieg (II) (https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7579/).

[4] Jacques Schuster: Ein Krieg dürfte nicht mit einem plumpen Symbolschlag beginnen. welt.de 11.04.2018.

[5] BDI-Präsident fordert Dialog mit Moskau. unternehmen-heute.de 19.04.2018.

[6] S. dazu Druck plus Profit (https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7519/).

[7] Dialog statt Eskalation. Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.04.2018. Unterzeichner des Appells sind Helmut Schäfer (Staatsminister im Auswärtigen Amt 1987-1998), Edmund Stoiber (bayrischer Ministerpräsident 1993-2007), Horst Teltschik (Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz 1999-2008), Günter Verheugen (EU-Kommissar 1999-2010), Antje Vollmer (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages 1994-2005).

[8] Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft: Positionspapier: Neue US-Sanktionen gegen Russland - Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Berlin, 18.04.2018.

[9] Wirtschaftsvereinigung Metalle: Kurzposition US-Russlandsanktionen. Berlin, 23.04.2018.

[10] S. dazu Die deutsch-russische Erdölkooperation (https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7373/)

© German News Information GmbH
info@german-foreign-policy.com (mailto:info@german-foreign-policy.com)